

# Regionalpolitik von unten – Sozial, solidarisch und ökologisch!

Eine starke und erfolgreiche Region Stuttgart durch eine soziale, solidarische und ökologische Regionalpolitik – dafür wird sich DIE LINKE in der Regionalversammlung einsetzen.

Soziale, solidarische und ökologische Regionalpolitik bedeutet für DIE LINKE aber eben nicht die Unterwerfung unter eine neoliberale Standortlogik, die Regionen, Kommunen und Menschen nur in Konkurrenz zueinander definiert und wirtschaftlichen „Sachzwängen“ unterordnet.

DIE LINKE will stattdessen gemeinsam mit allen in der Region lebenden und hier arbeitenden Menschen eine Politik diskutieren, entwickeln und umsetzen, die möglichst vielen Menschen dient und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert.

Soziale, solidarische und ökologische Politik ist immer auch eine nachhaltige Politik, die Folgen für künftige Generationen mit berücksichtigt.

DIE LINKE fordert gerade auch die hier lebenden Menschen ohne Wahlberechtigung auf, an der Entwicklung unserer regionalen Politik mitzuarbeiten.

DIE LINKE hält es für einen „Geburtsfehler“ der Region, dass aufgrund des Wahlrechts alle Nichtdeutschen – auch die EU-Bürger – von der Wahl ausgeschlossen sind. Wir fordern daher von der Landesregierung:

## **Kommunalwahlrecht für alle hier lebenden Menschen von der Gemeinde bis zur Region!**

DIE LINKE im Regionalparlament wird ihre Arbeit offen und transparent gestalten. Wir laden alle interessierten Menschen zur Mitarbeit ein – unabhängig von Wahlberechtigung und Mitgliedschaft!

## **Regionalplanung**

Bei den Raumnutzungsplanungen setzt sich DIE LINKE auf allen kommunalen Ebenen für eine drastische Senkung des Flächenverbrauches ein. Im Jahr 2006 gingen in Baden-Württemberg der Natur täglich 9,4 ha (14 Fußballfelder) verloren, 2007 sogar 10,3 ha (15 Fußballfelder). Die Bodenversiegelung mit ihren nachteiligen Folgen für Klima sowie Grund- und Oberflächenwasser muss reduziert und langfristig gestoppt werden. Entwicklungen darf es grundsätzlich nur dort geben, wo entlang vorhandener Entwicklungsachsen schienengebundene Anschlüsse vorhanden sind. Dies gilt sowohl für Wohn- als auch für Gewerbebauten.

So schmerzhaft es sein mag, aber die Kommunen in der Region müssen radikal umdenken: keine Neubau- oder Gewerbegebiete mehr auf der grünen Wiese! Vorrang hat die Entwicklung von Ortskernen, Flächensparen, Schließen von Baulücken und Flächenrecycling (Leerstand, Gewerbebrachen – im Ländle sind 2.700 ha davon vorhanden!). Unter diesen Voraussetzungen ist auch in einer boomenden Region weiterhin Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung möglich. Projekte jedoch wie z. B. das bereits gebaute Postverteilzentrum in Köngen, sowie das geplante Boss-Logistikzentrum auf dem Großen Forst in Nürtingen mit ihrer großflächigen Bodenversiegelung sowie ihrer

Abhängigkeit vom straßengebundenen LKW-Verkehr lehnt DIE LINKE als Fehlentwicklungen ab.

DIE LINKE begrüßt daher den Entwurf der Fortschreibung des Regionalplanes 2020 als Schritt in die richtige Richtung. Die Wachstumsbegrenzung für Orte abseits der Entwicklungsachsen von 1% bzw. 1,5% für Kleinzentren ist sinnvoll und notwendig. Der Entwurf tritt hier positiv auf die „Bremse“ gegen ein unkontrolliertes Wachstum. Bei einer Güterabwägung von regionalen und örtlichen Interessen hat das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden in legitimer Weise dort seine Grenze, wo lokale Kirchturmspolitik dem Gemeinwohl aller Bürger in der Region schadet. Im Einzelfall kann es an den „Rändern“ der Region Stuttgart nötig sein, von diesen Wachstumsbegrenzungen abzuweichen, um Ungleichgewichte im Verhältnis zu Nachbarkommunen zu vermeiden, die anderen Regionen angehören.

DIE LINKE hält in diesem Fall regionsübergreifende Kooperationen sowie eine Abstimmung zwischen den jeweiligen Nachbarregionen für sinnvoll und notwendig. Um eine Kollision mit Vorgaben des Regionalplans Region Stuttgart 2020 zu vermeiden, muss ein solches regionenübergreifendes Entwicklungskonzept in den Regionalplan als verbindlich aufgenommen werden.

Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre sowie der zu befürchtenden Klimaentwicklungen muss für DIE LINKE der Hochwasserschutz zwingender Bestandteil jedes Regionalplans sein. Dies kann im wesentlichen nur durch die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten für die Gewässer sein, die von jeglicher Bebauung frei gehalten werden müssen. Auch der Rückbau von gewässernaher Bebauung auf Flächen, die für einen sinnvollen Hochwasserschutz nötig sind, ist für DIE LINKE im Einzelfall kein Tabu.

## **Landschaftsparks - als verbindliche Vorgaben**

DIE LINKE befürwortet weitestgehend die bisherigen Planungen von Landschaftsparks, insbesondere jenen zur Renaturierung des Neckarufers. Ein entsprechender Plan für das Filstal wird angeregt.

Großer Schwachpunkt dieser Pläne ist jedoch, dass sie derzeit nur empfehlenden Charakter haben. DIE LINKE strebt daher Regelungen auf Landesebene an, dass Vorgaben aus Landschaftsmasterplänen für untergeordnete Planungsträger verbindlich sind.

## **Verkehr**

Nach wie vor erstickt die Region im Verkehr. Straßenneu- und ausbau löst die Probleme nicht. Nur durch Verkehrsvermeidung und Ausbau des ÖPNV sowie integrierte Mobilitätskonzepte lässt sich der Verkehr mit all seinen negativen Folgeerscheinungen (Lärm, Abgase, Klimaschädlichkeit) reduzieren. Auch der Flugverkehr mit seinen besonders klimaschädlichen Abgasen kann nicht weiter anwachsen. DIE LINKE steht daher für:

- den Stopp sämtlicher Ausbaupläne für den Flughafen Stuttgart
- einen optimierten Kopfbahnhof 21 statt Stuttgart 21 mit Tunnelbahnhof
- den Neubau einer alternativen Schnellbahntrasse zwischen Plochingen und Ulm
- den Verzicht auf die Nord-Ost-Umfahrung Stuttgarts

## **Flughafen – es reicht**

DIE LINKE ist gegen den Bau einer 2. Starbahn auf dem Flughafen in Echterdingen. Es besteht dazu keine Notwendigkeit. Eine erneute Steigerung der ohnehin schon hohen Belastungen der Bevölkerung durch Lärm (Nachtflüge), Dreck und weitere Versiegelung von wertvollen Ackerböden im Filderraum sind nicht hinnehmbar.

## **Stuttgart 21 – Viel Geld für wenig Nutzen**

DIE LINKE lehnt die Verlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofes unter die Erde ab. Ein Tunnelbahnhof mit 8 Gleisen könnte bereits den jetzigen Zugverkehr (8 Richtungen im Nahverkehr, 3 Richtungen im Fernverkehr) nicht umfassend im Sinn eines integralen Taktfahrplans vernetzen. Für einen Ausbau des Schienenverkehrs lässt das Projekt erst recht keinen Raum. Dies betrifft nicht nur den eigentlichen Bahnhof, sondern auch die viel zu klein dimensionierten Zulaufstrecken. Der Tunnelbahnhof wäre somit für alle Zeiten ein „Nadelöhr“ im regionalen Schienennetz, das den Ausbau des Schienenverkehrs auf lange Zeit blockieren würde. Dagegen ist ein modernisierter Kopfbahnhof mit 16 Gleisen und bereits bestehenden Umfahungsstrecken das zukunftssträchtigere Projekt für die Region. Der Flughafen ist bereits jetzt entsprechend seiner verkehrlichen Bedeutung gut angebunden. Statt ICE-Halt ist der Ausbau der Früh- und Spätverbindungen aus der und in die Region sowie Taktverbesserungen wesentlich wichtiger für den Flughafen. Angesichts der bekannten Kostenrisiken von „Stuttgart 21“ hält DIE LINKE Investitionen in die Verbesserung und den Ausbau des regionalen Schienennetzes der Region für vorrangig.

## **Schienenverkehr - Problemlöser Nr.1**

Der Schienenverkehr ist sowohl bei der Personenbeförderung als auch im Gütertransport der Problemlöser Nr. 1 für die bestehenden Verkehrsprobleme. Die Region ist als Aufgabenträger für den regional bedeutsamen ÖPNV hier in der Pflicht, ein flächendeckendes und attraktives Angebot zu schaffen. Eine Aufgabenträgerschaft der Region für den gesamten ÖPNV ist aber solange keine Alternative, solange dies nach EU-Recht zwingend zu Ausschreibungswettbewerb mit sinkender Qualität und Lohn- sowie Sozialdumping führt. Bei einem Ausschreibungswettbewerb wären auch die kommunalen Betriebe SSB, SVE und Spillmann in ihrer Existenz gefährdet. Zur regionalen Angebotskoordinierung ist der VVS nach wie vor ein geeignetes Instrument.

DIE LINKE fordert die Stärkung und den Ausbau des Schienenverkehrs mit den folgenden Maßnahmen:

- Umsetzung des Konzepts der Logistikzentren mit Schienenanschluss als Bestandteil einer ökologisch vertretbaren Warenverteilung
- Verlängerung der S1 über Kirchheim hinaus bis ins Lenninger Tal – die Gleise sind vorhanden
- Verlängerung der „Tälesbahn“ von Neuffen über Nürtingen hinaus bis Wendlingen mit direktem Anschluss an die S1 nach Stuttgart
- Erhalt und Modernisierung der Strohgäubahn
- Planung und Bau einer Tangentialverbindung Markgröningen - Ludwigsburg - Remseck-Waiblingen

- Prüfung einer Strecke Bernhausen - Pliezhausen - Kusterdingen - Tübingen unter Verwendung alter Trassen
- Stopp der Stilllegung von Industriegleisen
- Ausweisung neuer Gewerbegebiete vorrangig entlang von Schienenstrecken mit Option des Gleisanschlusses von Betrieben
- Reaktivierung der Strecke Weil-der-Stadt - Calw für den Personenverkehr
- S-Bahn-Verkehr auf der Strecke Kornwestheim - Untertürkheim
- Direkte S-Bahn-Verbindung Stuttgart - Plochingen - Göppingen - Geislingen
- Vollintegration des Landkreises Göppingen in den VVS
- Einführung eines Metropolitickets, mit dem Fahrten über die Regionsgrenzen hinaus bis Göppingen, Geislingen, Reutlingen, Tübingen, Pforzheim, Heilbronn und Schwäbisch Hall möglich sind

DIE LINKE setzt sich für ein umweltschonendes ganzheitliches Mobilitätskonzept für die individuellen Bedürfnisse der Menschen in der Region ein. Dazu gehört neben einem gut ausgebauten ÖPNV als „Rückgrat“ auch ergänzende Angebote wie z. B. Car-Sharing und Fahrradverleih. Diese Angebote müssen durch die Region gefördert und koordiniert werden. Auf keinen Fall darf dieses Angebot eine „Spielwiese“ für profitorientiertes Konkurrenzdenken werden, wie dies zur Zeit in Stuttgart beim Car-Sharing durch die DB AG passiert. Hier sind die Kommunen und die Region gemeinsam gefordert, attraktive, abgestimmte Angebote mit einfachen und preiswerten Tarifen entsprechend den lokalen Gegebenheiten und Notwendigkeiten den Bürgern zur Verfügung zu stellen.

## **Abfallentsorgung – Regionale Kooperation statt Mülltourismus**

DIE LINKE strebt eine regionale Abstimmung und Koordinierung bei der Abfallverwertung und -entsorgung an. Diese Abstimmung muss alle Bereiche der Abfallwirtschaft (Hausmüll, Industiemüll, Sondermüll) umfassen. Es ist für DIE LINKE ein untragbarer Zustand, dass derzeit noch alle Aufgabenträger weitestgehend „nebeneinander“ planen. Die Folge der fehlenden Koordinierung sind zur Zeit sowohl einerseits unausgelastete Meiler und Deponien als auch andererseits ein reger „Mülltourismus“ bis weit über die Grenzen der Region. Abfallwirtschaft ist für DIE LINKE kein Betätigungsfeld für privatwirtschaftliche Profitinteressen.

Deswegen haben für DIE LINKE kommunale Unternehmen bei der Müllentsorgung absoluten Vorrang. DIE LINKE fordert nicht nur den Erhalt der bereits bestehenden kommunalen Unternehmen, sondern unterstützt auch gegebenenfalls die Neugründung oder Rekommunalisierung kommunaler Abfallentsorger.

## **Regionale Wirtschaftsförderung – Regionale Kooperation statt Standortkonkurrenz**

Ein starkes Übergewicht der Automobilindustrie und die weitreichende Abhängigkeit der mittelständischen Zulieferindustrie erhöht die Krisenanfälligkeit der Region. Bisher konzentriert sich die regionale Wirtschaftsförderung im wesentlichen auf einzelne „High-Tech-Projekte“ mit durchaus zweifelhaftem Erfolg. DIE LINKE tritt stattdessen für eine ganzheitliche, ökologische Förderung von Industrie, Handwerk und Handel ein, die die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt und die Branchenvielfalt stärkt.

Dies bedeutet für uns insbesondere:

- eine regionale Vernetzung von Wirtschaftskreisläufen
- eine Abstimmung von Wirtschaftsförderung und Regionalplanung
- eine Koordinierung der Förderprogramme von Kommunen und Kreisen
- Unterstützung für Existenzgründer (Beratung, Finanzierung, Genehmigungsverfahren)
- Berücksichtigung von sozialen und tariflichen Mindeststandards bei allen Fördermaßnahmen
- Einheitlicher Auftritt der Region nach außen

Gut ausgebildete Arbeitskräfte sind eine unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Die Region fördert und koordiniert daher entsprechende Bildungs- und Qualifizierungsangebote über das normale schulische Angebot hinaus. Die Region muss dafür Sorge tragen, dass mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht dafür finanziell betrafft werden, dass sie Angebote zur Kinderbetreuung nicht an ihrem Wohnort, sondern an ihrem Arbeitsort in Anspruch nehmen.

## **Regionales Tourismusmarketing**

DIE LINKE sieht sich dem Leitbild eines sozial gerechten, barrierefreien, ökologisch sanften und Ressourcen schonenden Tourismus verpflichtet. Solange die Tourismusbranche jedoch lediglich auf Wachstumskriterien und Auslastungszahlen orientiert ist, wird es weiterhin einen Konflikt mit diesen Kriterien geben.

Die Erschließung der Region für Reisen und Erholung sollte vorrangig mittels des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs geschehen. Wir befürworten zudem die weitere Entwicklung des Fahrrad-, Wander-, Wasser- und Reittourismus.

Wir sehen Tourismuspolitik auch als Mittel zur Entwicklung der Naherholung für Menschen aus den urbanen Zentren in der Region. DIE LINKE setzt sich für eine umfassende Vernetzung und gemeinschaftliche Außendarstellung der touristischen Angebote in der Region ein.

DIE LINKE setzt sich für die Einführung von touristischen Angeboten mit Kombitickets für den gesamten ÖPNV der Region ein.

## **Freiwillige Aufgaben – Übernahme nur mit Augenmaß**

DIE LINKE sieht die Übernahme von weiterem Schienenpersonenverkehr durch die Region grundsätzlich positiv. Allerdings darf dies nur im Rahmen sinnvoller Betriebskonzepte geschehen. Übernahme nur zum Zweck des Ausschreibungswettbewerbs mit Lohn- und Sozialdumping lehnt DIE LINKE allerdings grundsätzlich ab.

## **Eine starke Region braucht zusätzliche Kompetenz**

DIE LINKE steht Diskussionen über eine sinnvolle Aufgabenverteilung auf die kommunalen Ebenen grundsätzlich positiv gegenüber. Auch wenn nach Meinung der LINKEN die Kommunen die Hauptträger der Daseinsvorsorge sind, gibt es doch Aufgaben, die auf Ebene der Kommunen und auch Kreise nicht betriebswirtschaftlich und ökologisch sinnvoll erledigt werden können. Dazu zählen unserer Ansicht nach vor allem:

- Krankenhausbedarfsplanung

- Wasserversorgung und Abwasserwirtschaft
- Abfallwirtschaft (s.o.)
- Spezielle Aufgaben wie z. B. der Wirtschaftskontrolldienst (WKD)

DIE LINKE lehnt Bestandsgarantien für Verwaltungsebenen um ihrer selbst Willen ab. Dies gilt insbesondere für die Kreise. Alle Verwaltungsebenen haben ihre Existenzberechtigung permanent durch effiziente Arbeit, sparsamen und umweltschonenden Ressourceneinsatz sowie Bürgernähe nachzuweisen.

## **Finanzierung der Region – Erfolg kostet Geld**

Der Dauerstreit um die Finanzen der Region führt viel zu oft zu faulen Kompromissen und sachfremden Entscheidungen. Die einseitige Festlegung einer Umlage durch das Regionalparlament ist kein Garant für sparsame Mittelverwendung.

DIE LINKE fordert daher einen eigenen Anteil am Steueraufkommen bzw. ein eigenes Steuererhebungsrecht für die Region.

Beschlossen auf der regionalen Mitgliederversammlung DIE LINKE in Stuttgart am 10. Januar 2009.